

Wende zum autoritären Kapitalismus

von | Frank Deppe



Berlin, 28.9.2013, Demonstration »Gegen den Ausverkauf Berlins!« (Foto: Peter Homann/Gegendruck)

Nachdem nun offensichtlich auch das Mobiltelefon der bundesdeutschen Kanzlerin Gegenstand von »Lauschgeriffen« wurde, beherrscht das Thema der Überwachung des Telefon- und Internetverkehrs durch den amerikanischen Geheimdienst NSA und seine »Verbündeten« erneut die öffentliche Debatte. Am 20. September 2001 hatte US-Präsident George W. Bush in einer Erklärung vor dem Kongress den »Krieg gegen den Terrorismus« eröffnet, der keinen Ort und kein Ende hat. Seit dieser Antwort auf den Angriff auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001 vollzog sich – so Daniel Ellsberg im *Guardian* vom 10. Juni 2013 – »zuerst im Geheimen, dann zunehmend offen, die Aufhebung der Erklärung der Menschenrechte (Bill of Rights), für die dieses Land (i.e. die USA) vor

mehr als 200 Jahren gekämpft hat«. Ellsberg selbst hatte 1971 – als Mitarbeiter der Rand Corporation und des Verteidigungsministeriums – der *New York Times* die so genannten Pentagon-Papiere zugespielt.

Daraus ging hervor, dass die Öffentlichkeit (in den USA und weltweit) jahrelang über die Motive und die Kriegsführung im Vietnam-Krieg getäuscht worden war. Der damalige Präsident Richard Nixon verlangte, dass der »Hurensohn« ins Gefängnis komme; Nixons »Klempner-Truppe« durchsuchte die Privatwohnung von Ellsberg, um belastendes Material gegen ihn zu finden. Die weltweite Bewegung gegen den Krieg in Vietnam hingegen erfuhr durch die Veröffentlichung der Pentagon-Papiere einen neuen Aufschwung.

Im Jahr 2013 richtet sich die Verfolgungswut der US-Regierung gegen eine Gruppe von »Whistleblower«, die seit 2010 dafür sorgten, dass geheime Dokumente der US-Regierung im Internet veröffentlicht wurden. Darin werden auf der einen Seite Verbrechen der US-Armee im »Krieg gegen den Terrorismus« enthüllt; auf der anderen Seite dokumentieren sie die Überwachungspraxis der Geheimdienste, die den Schutz der Privatsphäre als Freiheitsraum außer Kraft setzt. Von den Whistleblowers hat Julian Assange (WikiLeaks) in der ecuadorianischen Botschaft in London Zuflucht gefunden. Der Soldat Bradley Manning, der Assange mit Informationen versorgte, ist von einem US-Militärgericht für schuldig gesprochen und zu einer Haftstrafe von 35 Jahren verurteilt worden. Der ehemalige CIA- und NSA-Mitarbeiter Edward Snowden hat auf der Flucht in Russland vorübergehend Asyl erhalten. Er hatte die Informationen über das PRISM-Überwachungsprogramm der NSA veröffentlicht. Die USA bestehen auf seiner Auslieferung. Daniel Ellsberg, der sich seit den frühen 1970er Jahren – vor allem aber nach 2001 – in den USA als Aktivist der Friedensbewegung engagiert hat, würdigt die verfolgten Whistleblower unserer Tage als Helden der Demokratie und der Menschenrechte. Im *Guardian* schrieb er: »Das Whistleblowing von Snowden gibt uns die Chance, das rückgängig zu machen, was auf einen ›Staatsstreich der Exekutive‹ gegen die US-Verfassung hinausläuft.«

»Notstand der Demokratie«

Mahnungen vor einer Krise und »Transformation der Demokratie«¹ wurden lange von dem selbstgefälligen Triumph von »freier Marktwirtschaft« und »Demokratie« über »Staatswirtschaft« und »Totalitarismus« übertönt. Der britische Soziologe Colin Crouch hatte seine Schrift »Postdemokratie« schon im Jahr 2003 zunächst ohne größere Resonanz veröffentlicht; eine deutsche Ausgabe folgte erst 2008. Der irische Politikwissenschaftler Peter Mair, der wie Crouch am europäischen Hochschulinstitut in Florenz lehrte, verwies in einem Artikel für die Zeitschrift »New Left Review« im Jahr 2006 darauf, dass sich die politischen Systeme in den westlichen Demokratien (einschließlich der Parteien) – ganz im Gegensatz zu den Feiern über den »Sieg der Demokratie« in der Welt – auf dem Weg zu einer »Demokratie ohne Demos« befinden, in der die Bürgerinnen und Bürger zunehmend nicht mehr souverän sind; die Demokratie wird ihrer »popularen Komponente« entkleidet (Mair 2006). Der Begriff der »Volkssouveränität« ist aus dem herrschenden Verständnis von Demokratie entfernt; in »jeder ihrer Aktivierungen ist sie aber der genaue Gegenspieler der gewalt habenden Staatsapparate« (Maus 2011: 9). Doch der Hinweis auf den »Notstand der Demokratie« (Deppe 2008),² der die Aushöhlung der Demokratie von der Durchsetzung der neoliberalen Politik, der Wettbewerbsorientierung des Marktradikalismus und von der zunehmenden sozialen Polarisierung in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften ableitet, wurde lange Zeit nicht zur Kenntnis genommen.

Mit der Großen Krise seit 2008 hat sich nun eine deutliche Veränderung vollzogen. Die Krise des globalen Finanzmarktkapitalismus, aber auch die zunehmende soziale Polarisierung – Ungleichheit und Unsicherheit (Wehler 2013) – sowie der

offenkundige Abbau der Demokratie im Zusammenhang des Krisenmanagements in der Europäischen Union hat die Bedeutung der Demokratiekrise wieder vor Augen geführt. Seitdem findet eine – vor allem von jüngeren Wissenschaftlern getragene – relativ breite Auseinandersetzung mit der Diagnose von der »Postdemokratie« statt (Salomon 2012; Agamben u.a. 2012). In der soziologischen Debatte und Forschung³ sind Ansätze einer Renaissance von Klassenanalysen und »Kapitalismuskritik« zu beobachten. Jürgen Habermas sprach von der »Fassadendemokratie«. Und der Soziologe Wolfgang Streeck hat mit seiner Streitschrift gegen »die gegenwärtig rapide voranschreitende parallele Entdemokratisierung der Ökonomie und Entökonomisierung der Demokratie mit dem Ziel einer institutionalisierten Hegemonie der Marktgerechtigkeit über die soziale Gerechtigkeit« (Streeck 2013: 147f.) eine Debatte angestoßen, der sich auch die Politikwissenschaft nicht länger entziehen kann.

Transformation des »demokratischen Kapitalismus«

Das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie, die Grenzlinien zwischen Staat und Markt sind – in wechselnden historischen Konjunkturen und Kräftekonstellationen – permanent umkämpft. Die Wende zum »autoritären Kapitalismus« wird durch die schleichende »Transformation der Demokratie« im Zeichen der neoliberalen Hegemonie im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts vorbereitet. Doch erst mit dem Übergang in die Große Krise seit 2008 setzt sich ein neuer Typus des autoritären Kapitalismus durch. Auf der Basis der anhaltenden ökonomischen Krisenkonstellation vollzieht sich ein Übergang zu einem transnationalen Regime des »Wettbewerbskonstitutionalismus«, der aufgrund der sozialen Folgen für breite Bevölkerungsteile und aufgrund von sozialem und politischem Widerstand dazu tendiert, demokratische Verfahren und Grundrechte außer Kraft zu setzen. Diese Tendenz verstärkend wirkt ein Verfall der Legitimation politischer Institutionen. Die Verschleiß-

Frank Deppe war bis 2006 Professor für Politikwissenschaft an der Phillips-Universität Marburg. Er ist Mitherausgeber der Zeitschrift »Sozialismus« und im Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie Autor des fünfbändigen Werks: Politisches Denken im 20. Jahrhundert, Hamburg 1999-2010. Bei dem folgenden Text handelt es sich um Auszüge aus dem Vorwort und dem ersten Kapitel seines soeben erschienenen Buches, »Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand«, VSA: Verlag Hamburg 2013.

¹ Unter diesem Titel wurde schon früh Demokratiekritik von rechts formuliert, z.B. von Vilfredo Pareto, der Anfang der 20er des vergangenen Jahrhunderts in Italien und Deutschland den Parlamentarismus als »wirkungsvolle Instrumente einer demagogischen Plutokratie« charakterisiert (vgl. Deppe, Frank [1999], Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Die Anfänge, Hamburg, S. 198ff.). In Deutschland griff Carl Schmitt diese Argumentation in seiner Schrift über die »geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus« (1923) auf. Beide Autoren sympathisierten zu dieser Zeit mit Mussolini und dem italienischen Faschismus. Im Jahr 1967 hat Giovanni Agnoli unter dem gleichen Titel eine Kritik des Parlamentarismus und der Staats-Parteien geschrieben, die allerdings von links der Stärkung der außerparlamentarischen Bewegungen gewidmet war.

² »Notstand der Demokratie« war die Losung der starken außerparlamentarischen Bewegung gegen die »Notstandsgesetzgebung« in der Bundesrepublik Deutschland der 1960er Jahre, die von Intellektuellen, Wissenschaftlern und der Mehrheit der DGB-Gewerkschaften unterstützt wurde.

³ Vgl. als »Auftakt« Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (2009): Sozialologie – Kapitalismus – Kritik. Frankfurt/Main.

erscheinungen im politischen System kommen u.a. darin zum Ausdruck, dass seit Ausbruch der Krise in fast allen Staaten Westeuropas die amtierenden Regierungen ausgewechselt wurden.⁴ Das Ansehen der »politischen Klasse« ist vielfach auf einen Tiefstand gesunken und beflügelt u.a. den Aufstieg rechtspopulistischer, antidemokratischer Kräfte.

Je länger die Krise andauert und die ungleichmäßige Entwicklung zwischen den Staaten und Regionen (vor allem in der EU)

deren Bearbeitung erschwert, umso mehr konzentriert sich das Interesse auf den Zusammenhang zwischen den finanziellen und ökonomischen Krisenprozessen auf der einen und den politischen auf der anderen Seite. Diese wiederum manifestieren sich a) im fortschreitenden Abbau von Demokratie sowie dem daraus folgenden Legitimationsverlust der Systeme der westlichen repräsentativen Demokratie, b) in der Destabilisierung politischer Herrschaft sowie c) in der Verlagerung sozialer und politischer Konflikte in den außerparlamentarischen Raum (z.B. durch Generalstreikbewegungen oder neue soziale Bewegungen, die das Regime des Finanzmarktkapitalismus und die zunehmende Zerstörung von Lebensperspektiven attackieren).⁵ Noch hält die Mainstream-Politikwissenschaft beim Vergleich der Großen Krisen (und dem damit verbundenen »Stresstest« für die Demokratie) daran fest, dass heute – im Gegensatz zu den 1930er Jahren – »die Große Rezession ... keine bedeutsamen politisch extremistischen Antworten erzeugt (hat, F.D.), wie es in den 30er Jahren der Fall war... Soziale Unruhen, die hier und da sichtbar wurden, waren nicht so sehr durch die Krise selbst, sondern durch die austeritätspolitischen Maßnahmen erzeugt, die die Wirkungen der Krise begrenzen sollen.« Da die »Dritte Welle der Demokratisierung« nach 1991 nach wie vor Bestand habe, halten die Spezialisten für Comparative Politics daran fest: »Die Große Rezession hat zumindest bislang auf der globalen Ebene nicht zu irgendwelchen fundamentalen politischen Konsequenzen geführt.«⁶

Solche Analysen bleiben oberflächlich, weil auf die Institutionen fixiert. Sie vergleichen empirisch (und statistisch) fassbare Fakten, ohne den historisch je spezifischen Zusammenhang zwischen den ökonomischen und politischen Krisenprozessen im Kapitalismus, aber auch den Zusammenhang zwischen dem heutigen Stand der Internationalisierung des Kapitalismus und der nationalen Verarbeitung der Krisen zu reflektieren. Demgegenüber konzentriert sich das Interesse kritischer Sozialwissenschaftler auf die Frage nach den in der Krise aufbrechenden »Grenzen des Kapitals« und der Tendenz zum »autoritären Kapitalismus«, die sich über den Zusammenhang von Austeritätspolitik und Demokratieabbau abzeichnet. Wolfgang Streeck, der in den 1990er Jahren noch von einer neuen Etappe des »Wett-

bewerbskorporatismus« gesprochen hatte (Streeck 1999), betont inzwischen eine Krise des »demokratischen Kapitalismus«. Der Kapitalismus des so genannten »fordistischen Klassenkompromisses« wurde seit den späten 1970er Jahren in verschiedenen Etappen transformiert bzw. abgebaut und geht nunmehr – angesichts des Scheiterns der Regulierung des Finanzsektors durch die Politik – in ein »neues Zeitalter der Austerität« und der Infragestellung der Demokratie über: »Die Demokratie

ist in der gegenwärtigen Krise ebenso gefährdet wie die Wirtschaft, wenn nicht mehr. Nicht nur die »Systemintegration« heutiger Gesellschaften – also das effiziente Funktionieren ihrer kapitalistischen Volkswirtschaften – ist prekär geworden, sondern auch ihre »soziale Integration«. Mit dem Beginn eines neuen Zeitalters der Austerität ist die Fähigkeit von Nationalstaaten, zwischen den Rechten ihrer Bürger und den Erfordernissen der Kapitalbildung zu vermitteln, schwer zurückgegangen... Die Krisen und Widersprüche des demokratischen Kapitalismus sind endgültig internationalisiert worden

und wirken sich nicht nur innerhalb der Staaten, sondern auch zwischen ihnen aus, in bislang noch unerforschten Kombinationen und Permutationen.«⁷

Diese These leitet sich aus den langfristigen Entwicklungstendenzen entwickelter kapitalistischer Industriegesellschaften seit den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts ab. Der »demokratische Kapitalismus« der Nachkriegszeit war – als Antwort auf das »Zeitalter der Katastrophen«⁸ und der globalen Kräftekonstellation zwischen Kapitalismus und Sozialismus im Weltmaßstab – eine historisch außergewöhnliche Formation: eine »politische Ökonomie, die durch zwei konfligierende Prinzipien bzw. Regime der Ressourcenallokation beherrscht wird: das eine orientiert sich an der Grenzproduktivität, also an den Vorzügen des »freien Spiels der Marktkräfte«, das andere beruht auf den gesellschaftlichen Bedürfnissen oder Ansprüchen, die durch die kollektiven Entscheidungen demokratischer Politik bestätigt werden. Unter dem Regime des demokratischen Kapitalismus müssen die Regierungen beide Prinzipien gleichzeitig honorieren, obwohl sie niemals vollständig übereinkommen.«⁹ Mit anderen Worten: Die jeweils historisch konkrete – institutionell abgesicherte – Verbindung zwischen diesen beiden Prinzipien ist auf der Basis konfligierender Klasseninteressen beständig umkämpft.

Streeck analysiert die Dekonstruktion des »demokratischen Kapitalismus« in vier Phasen – über den Kampf gegen die Inflation seit den späten 1970er Jahren, die Deregulierungspolitik (die insbesondere die globalen Finanzmärkte »befreit« hat) und die zunehmende private wie öffentliche Verschuldung seit den 1990er Jahren bis zum Einbruch der Großen Krise seit 2008. In

diesen Entwicklungsphasen hat sich die Achse der Regulation beständig zulasten der gesellschaftlichen Bedürfnisse und der Institutionen, die im Zeitalter des »demokratischen Kapitalismus« ausgebaut wurden (wie z.B. der Sozialstaat, die kollektiven Schutz- und Mitbestimmungsrechte der Lohnabhängigen), verschoben. Die gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Machtverhältnisse verlagerten sich zu den Märkten, den Unternehmen und den Vermögensbesitzern. Mit der Krise seit 2008 ist – so Streeck – ein Tiefpunkt erreicht, der zugleich eine Wende in der Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus seit 1945 markiert. Der »Dauerzustand Schuldenkrise«¹⁰ erweist sich als Sackgasse, in der zugleich die Demokratie suspendiert wird und eine neue Periode von sozialen Unruhen eingeleitet wird. »Wo die Demokratie – so, wie wir sie kennen – wirksam suspendiert ist – wie es schon in Griechenland, Irland und Portugal der Fall ist –, können Straßenkrawalle und Volksaufstände das letzte verbleibende Mittel der politischen Artikulation für diejenigen sein, die keine Marktmacht mehr haben.«¹¹ Das daraus resultierende Chaos – verbunden mit dem »Staatsbankrott« und der »Gefahr« einer Wende nach links – würde dann unvermeidlich die Frage aufwerfen, wie die »Ordnung« durch politisch-militärische Gewalt wiederhergestellt und bewahrt werden kann.

Der Abbau der Demokratie im gesamten Prozess der Durchsetzung des Neoliberalismus wurde von den Wissenschaftlern wie den herrschenden Politikern von Anfang an mit dem »Sachzwang« begründet, dass die Anpassung der Politik (z.B. die Abkehr von der Vollbeschäftigungspolitik und die Hinwendung zum »Monetarismus«; die Erosion des Sozialstaates usw.) an die Vorgaben der globalen Finanzmärkte eine unabdingbare Voraussetzung sei, um die nationale Wettbewerbsfähigkeit auf den globalen Märkten zu sichern. »There is No Alternative« (TINA), predigte die britische Premierministerin Margaret Thatcher in den frühen 1980er Jahren und wurde umgehend von führenden Ökonomen und Finanzmanagern bestätigt. Der damalige Chef der Deutschen Bank, Rolf. E. Breuer, wollte (in der »Zeit« vom 18.9.1999) die freien Finanzmärkte sogar als die fünfte Säule der Demokratie (nach Legislative, Exekutive, Judikative, Medien)

anerkannt wissen. Die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland sprach noch im September 2011 auf einer Pressekonferenz, bei der über »Hilfsmaßnahmen« im Rahmen des EU-»Rettungsschirmes« gesprochen wurde, von der Notwendigkeit einer »marktkonformen Demokratie«: Die »parlamentarische Mitbestimmung« beim europäischen Schuldenmanagement sei so zu gestalten, »dass sie trotzdem auch marktkonform ist, also dass sich auf den Märkten die entsprechenden Signale ergeben«. Die Replik eines Gewerkschafters, dass es im Gegenteil darauf ankomme, einen »demokratiekonformen Markt« zu schaffen,¹² il-

⁴ Bei den allgemeinen Wahlen werden die regierenden Parteien bzw. Parteienkoalitionen regelmäßig »abgestraft«: »In der ersten Krisenkonjunktur wurden Regierungen überall von der Krise überrascht, etliche wurden von ihr weggespült, stürzten ... oder wurden abgewählt (Lettland, Island, Griechenland, USA, Großbritannien, Ungarn) ... Danach mussten Regierungen angesichts drastischer Sparprogramme zurücktreten (Portugal, Dänemark, Spanien, Slowenien, Slowakei und wieder Griechenland). Schließlich wurde auch der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi zum Rücktritt gezwungen. Zuletzt erwischte es den französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy. Die Financial Times Deutschland spricht vom »großen Gemetzel« und »Massenselbstmord« der Regierungen (15.12.2011.)« (Candeias, Mario [2012]: Hello..., does anybody rule? Die (Un)Fähigkeit der herrschenden Klassen und führende Gruppen, in: Demirović, Alex/Kaindl, Christina [Hrsg.], Gegen den Neoliberalismus denken, Hamburg, S. 91) Dazu kommt der Rückgang der Wahlbeteiligung als Ausdruck zunehmender Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik und der »politischen Klasse«, aber auch eine zunehmende Indifferenz – vor allem der Unterschichten – nicht nur gegenüber dem politischen Geschehen, sondern auch gegenüber dem Anspruch demokratischer Partizipation und Mitbestimmung.

⁵ Gallas, Alexander/Nowak, Jörg/Wilde, Florian (Hrsg.) (2012): Politische Streiks im Europa der Krise, Hamburg.

⁶ Wnuk-Lipinski, Edmund (2012): The Consequences of the Great Recession: Hypotheses and Scenarios, in: van Beek, Ursula/Wnuk-Lipinski, Edmund (Eds.), Democracy under Stress. The global crisis and beyond, Opladen/Berlin, S. 218.

⁷ Streeck, Wolfgang (2011): The Crises of Democratic Capitalism, in: New Left Review, No. 71, S. 25f.

⁸ Deppe, Frank (2003): Politisches Denken zwischen den Weltkriegen, Politisches Denken im 20. Jahrhundert, Band 2, Hamburg, S. 14ff.

⁹ Streeck, a.a.O., S. 7.

¹⁰ Bischoff, Joachim (2012): Dauerzustand Schuldenkrise, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Heft 7-8.

¹¹ Streeck, a.a.O., S. 28.

¹² So der Tarifexperte des WSI des DGB, Thorsten Schulten, auf einer Tagung im November 2012, vgl. Die Mitbestimmung, Heft 12, S. 58.

Papy Rossa Verlag | Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln



Heinz-J. Bontrup
**Krisenkapitalismus
 und EU-Verfall**
 Paperback | 231 Seiten | € 15,90

Mit breitem empirischem Material bestimmt Heinz-J. Bontrup Charakter und grundsätzliche Mechanismen der Wirtschaftskrise. Sein Fazit: Das Festhalten an den Glaubenssätzen des Neoliberalismus verschärft die Krise und befördert den Verfall der EU. Vonnöten ist eine tiefgreifende Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.



Harald Werner
**Wie die Gedanken
 in die Köpfe
 der Menschen kommen**
 Paperback | 189 Seiten | € 12,90

Dialektik und Didaktik der politischen Bildung: Linke Bildungsarbeit bewegt sich in ständigen Widersprüchen, sei es beim Verhältnis von Theorie und Praxis oder dem von Lehren und Lernen. Orientiert an Marxismus und Kritischer Psychologie bietet das Buch Grundlagen für die Entwicklung konkreter Angebote in Gewerkschaften und Parteien.

Tel. (02 21) 44 85 45 | Fax 44 43 05 | www.papyrossa.de | mail@papyrossa.de

Druckfrisch anfordern:
 Programmauswahl Herbst '13

lustriert zugleich den Klassengegensatz, der heute in das Verständnis von Demokratie eingeschrieben ist.

Der Soziologe Pierre Bourdieu hatte schon in 1990er Jahren dieses »Regime der (vermeintlichen) Sachzwänge« attackiert.

In einer Rede vor streikenden Arbeitern im Pariser Gare de Lyon forderte er im Dezember 1995: »Es muss Schluss sein mit der Sachverständigen-Tyrannie vom Typ Weltbank, die ohne Widerrede die Entscheidungen des neuen Leviathan, genannt »Finanzmarkt«, aufzwingen und die, statt zu verhandeln, zu »erklären« gedenken... Was heute auf dem Spiel steht, ist die Wiedereroberung der Demokratie gegen die Technokratie!« In seiner »Warnung vor dem Modell Tietmeyer«¹³ charakterisierte er dies als den »neuen (neoliberalen, F.D.) Glauben an eine historische Unvermeidlichkeit, ... als eine neue Form des Ökonomismus, ... die von einem scharfen Schnitt zwischen dem Wirtschaftlichen und dem Sozialen ausgeht ... das »Modell Tietmeyer« bringt eine normative Anschauung zum Ausdruck, wie sie den Interessen der Herrschenden entspricht, eine auf klassische Weise konservative Anschauung, legitimiert und rationalisiert durch Argumente oder Wortwahl mit ökonomischem Schwung.«¹⁴

Colin Crouch hat mit dem Begriff der »Post-Demokratie« auf einen Prozess der »Refeudalisierung« innerhalb des politischen Systems hingewiesen: Die Politik folgt nach wie vor den formellen demokratischen Regeln (Wahlen, Parlamentsentscheidungen usw.). Das »demokratische Spiel« wird freilich mehr und mehr von professionellen Experten aus der Werbe-Branche, aus den Medien und den politischen Apparaten selbst inszeniert. »Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle... Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten... In einer Postdemokratie, in der immer mehr Macht an die Lobbyisten der Wirtschaft übergeht, stehen die Chancen schlecht für egalitäre politische Projekte zur Umverteilung von Wohlstand und Macht sowie die Eindämmung des Einflusses mächtiger Interessengruppen.«¹⁵

Die Wende zum autoritären Kapitalismus

Friedrich Engels hatte 1872 – in der Auseinandersetzung mit den Anarchisten – als »autoritär« die »Überordnung eines fremden Willens über den unseren«, die »Unterordnung« voraussetzt, charakterisiert (MEW 18: 305). Ähnlich argumentierte Max Weber bei seiner berühmten Definition von »Macht«: Diese beruht auf der »Chance, innerhalb einer sozialen Bezie-

hung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen«.¹⁶ Autoritäre Formen der Macht und Herrschaft zeichnen sich demnach vorab dadurch aus, dass sie einerseits durch ein Überordnungs-/Unterordnungsverhältnis, andererseits durch

Anordnung bzw. durch Zwang – ohne Berücksichtigung von Alternativen und »widerstrebenden« Meinungen – durchgesetzt werden. Soweit es um politische Entscheidungen geht, variieren die Formen autoritärer Machtausübung: Autoritäre Regime stützen sich in der Regel auf die Macht einer Person bzw. einer kleinen Gruppe von Personen (Junta), auf eine Partei und/oder auf Machtgruppen aus dem Staatsapparat (Militärs). Solche Regimeformen variieren; sie können als personale Diktatur (mit Ausschaltung demokratischer Verfassungen und gewaltsamer Unterdrückung der Opposition,

der Menschenrechte und der Meinungsfreiheit) praktiziert werden, oder sie greifen – bei formeller Beibehaltung der demokratischen Verfassung und ihrer Institutionen – auf Mehrheiten im Parlament, aber auch z.B. auf die Macht der Medien und ihrer Propaganda zurück, die die Opposition zur Bedeutungslosigkeit verurteilt und alle Formen des Widerstandes erfolgreich marginalisiert. In den Verfassungen demokratischer Staaten findet sich meist ein Notstandsparagraf, der es den Regierenden »in Zeiten der Not« erlauben soll, schnell Entscheidungen – ohne Rückgriff auf demokratische Verfahren, d.h. ohne Legitimation durch das Parlament – zu treffen, bei denen Grundrechte und demokratische Verfahren außer Kraft gesetzt werden. Gerne berufen sich Regierende auch auf die »Sachkompetenz« von Experten bzw. ihrer Ministerialbürokratien, die der parlamentarischen (und öffentlichen) Debatte entzogen werden, weil sie angeblich nicht »politisch«, sondern »aus der Sache« entscheiden. Auf jeden Fall unterscheiden sich autoritäre Herrschaftsformen nach dem Ausmaß der direkten Gewalt, die – nach innen und außen – zur Sicherung der eigenen Herrschaft angewendet wird.

Solche Unterschiede werden auch durch das jeweilige Verhältnis der autoritären Herrschaftsformen im Staat und in der Zivilgesellschaft (Gramsci) bestimmt. Der »autoritäre Kapitalismus« beruht zunächst auf der Befehlsgewalt, die der Kapitaleigner bzw. die Unternehmensführung aufgrund ihrer Eigentumsrechte im Hinblick auf die Organisation des Arbeits- und Produktionsprozesses ausüben. Dazu kommen autoritäre Herrschaftsverhältnisse in der Gesellschaft, die durch konservative Ideologien, durch die Religion, durch das Wirken der ideologischen Staatsapparate sowie durch Sitten und Gebräuche wirken und sich verfestigt haben: in der Familie, in den Geschlechter- und Generationsbeziehungen, im Erziehungswesen, über die Bedeutung der Armee usw. Solche Verhältnisse sind stabil,

wenn sie sich auf »autoritäre Persönlichkeiten« stützen können. T.W. Adorno und Mitarbeiter analysierten – noch in der US-amerikanischen Emigration – diesen Persönlichkeitstyp, den Erich Fromm schon vor 1933 in Deutschland mit Rückgriff auf die Freud'sche Psychoanalyse im Rahmen der Faschismusforschung des Frankfurter »Instituts für Sozialforschung« als »somasochistischen Charakter« beschrieben hatte: eine Persönlichkeit, deren »Überich« sich in deutlicher Übereinstimmung mit den herrschenden Konventionen befindet, das die Autoritäten anerkennt, die die damit verbundenen Normen vertreten und die Einhaltung durch Gehorsam einfordern. Die eigene Stärke wird aus der Überlegenheit gegenüber »Untergebenen« (Minoritäten, »Untermenschen«, »niedere Rassen« und Völker, Frauen etc.) bzw. aus der aggressiven Abgrenzung gegenüber »abweichendem Verhalten« (Schwule, Kommunisten, Pazifisten, nonkonformistische Künstler und Intellektuelle) abgeleitet. Dieser Persönlichkeitstyp – so Adorno und seine Mitarbeiter – ist besonders anfällig für Antisemitismus, Faschismus und militanten Antikommunismus, wie er Anfang der 1950er Jahre besonders in den USA (McCarthy u.a.) grassierte.¹⁷ Auf jeden Fall impliziert die Stabilität autoritärer Herrschaftsformen in der Politik immer auch den (zeitweiligen) Konsens vonseiten der Subalternen, der durch solche Persönlichkeitsstrukturen und darauf beruhende Bewusstseinsformen fundiert wird.

Die These von der Wende zum autoritären Kapitalismus – bzw. des Übergangs vom »demokratischen« zum »autoritären

Kapitalismus« – geht von der widersprüchlichen und krisenhaften Transformationsperiode aus, die im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts (als »großer Erdrutsch«, so Eric Hobsbawm) eingesetzt hat. Sie reflektiert den Zusammenhang zwischen der ökonomischen Krisendynamik auf der einen und den Veränderungen in den politischen und ideologischen Herrschaftsformen auf der anderen Seite. Die politischen Prozesse im Rahmen dieser autoritären Wende werden freilich nicht allein durch die

¹³ Hans Tietmeyer war zum damaligen Zeitpunkt – noch vor der Einführung des Euro – Präsident der Deutschen Bundesbank.

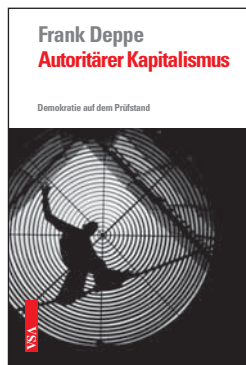
¹⁴ Bourdieu, Pierre (1997): Brecht die Vorherrschaft der Technokraten, in: ders., Der Tote packt den Lebenden, Hamburg, S. 174f.

¹⁵ Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt/Main, S. 10f.

¹⁶ Weber, Max (1964): Wirtschaft und Gesellschaft, Erster Halbband, Köln/Berlin, S. 38).

¹⁷ Adorno und Mitarbeiter fassen die Ergebnisse ihrer Studien und empirischen Forschungen (A- und F-Skala) in den USA zusammen: »A basically hierarchical, authoritarian, exploitive parent-child relationship is apt to carry over into a power-oriented, exploitively dependent attitude toward one's sex partner and one's God and may well culminate in a political philosophy and social outlook which has no room for anything but a disdainful rejection of whatever is delegated to the bottom. The inherent dramatization likewise extends from the parent-child-dichotomy to the dichotomous conception of sex roles and moral values, as well as to a dichotomous handling of social relations as manifested especially in the formation of stereotypes and of ingroup-outgroup cleavages. Conventionality, rigidity, repressive denial, and the ensuing break-through of one's weakness, fear and dependency are but other aspects of the same personality pattern, and they can be observed in personal life as well as in attitude toward religion and social issues«. (Adorno, Theodor W./Frenkel-Brunswick, Else u. a. [1950], The Authoritarian Personality, New York, S. 971ff. Dt.: Der autoritäre Charakter (1968), de Munter).

VSA: Anders leben und arbeiten



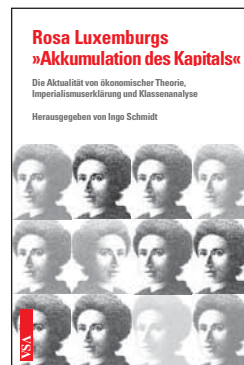
Frank Deppe
Autoritärer Kapitalismus
Demokratie auf dem Prüfstand
304 Seiten | € 24,80
ISBN 978-3-89965-571-1
Frank Deppe untersucht das widersprüchliche Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie, er beleuchtet die Entwicklung der Weltmächte und der demokratischen Bewegungen von unten.



Hans-Jürgen Urban
Der Tiger und seine Dompteure
Gewerkschaften und Wohlfahrtsstaat unter dem Druck der Finanzmärkte
304 Seiten | € 19,80
ISBN 978-3-89965-589-6
Ein Buch, das es nicht bei Problembeschreibungen im Finanzmarktkapitalismus belässt, sondern das Alternativen und Durchsetzungsstrategien aufzeigt.



Detlef Wetzal (Hrsg.)
ORGANIZING
Die Veränderung der gewerkschaftlichen Praxis durch das Prinzip Beteiligung
304 Seiten | Plus CD mit Praxistipps aus dem Methodenhandsbuch der IGM | € 19,80
ISBN 978-3-89965-580-3
Detaillierter Überblick über die wichtigsten Organizing-Projekte der IG Metall und ihrer Schwestergewerkschaften.



Ingo Schmidt (Hrsg.)
Rosa Luxemburgs »Akkumulation des Kapitals«
Die Aktualität von ökonomischer Theorie, Imperialismuserklärung und Klassenanalyse
168 Seiten | € 16,80
ISBN 978-3-89965-557-5
Was lässt sich von Rosa Luxemburg über den Kapitalismus der Gegenwart und sozialistische Strategien für die Zukunft lernen?



John Hopp
Die Hölle in der Idylle
Das Außenlager Alt Garge des Konzentrationslagers Neuengamme
Erweiterte Neuauflage
216 Seiten | € 16,80
ISBN 978-3-89965-586-5
John Hopps Pionierarbeit zeichnet ein eindrucksvolles Bild der Gefangenen im Lager. Die Neuauflage enthält zusätzliche neuere Forschungsergebnisse.

Im Buchhandel oder direkt bei:
VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de.

www.vsa-verlag.de

ungelösten ökonomischen Probleme erklärt; vielmehr sind sie durch die Klassenstrategien bestimmt, mit denen der »herrschende Block« einerseits auf die Krisendynamik, andererseits auf die theoretische und vor allem praktische Kritik vonseiten der subalternen Klassen und Klassenfraktionen reagiert. Die politische Krise tritt für den »herrschenden Block« dann ein, wenn sich keine stabilen Mehrheiten für die Regierungsbildung ergeben und die politischen Parteien, die Kapitalinteressen vertreten, durch interne Auseinandersetzungen zerrissen werden, bei den Wahlen Stimmen verlieren.

Nach herrschender Meinung, die – wie der junge Marx einmal bemerkte – stets die »Meinung der Herrschenden« sei,¹⁸ ist das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht mit autoritärem Zwang, sondern mit der Freiheit des »homo oeconomicus« sowie mit der Garantie der Grundrechte, der Gewaltenteilung und der Rechtsstaatlichkeit verbunden. Daher ist zu diskutieren, wie die Logiken der Profitproduktion auf der einen und die Logik demokratischer Selbstverwaltung in Übereinstimmung gebracht werden können – oder ob sie unter den Bedingungen der sozial-ökonomischen Machtasymmetrien permanent im Widerstreit zueinander stehen, wie ihr Verhältnis im Klassenkampf jeweils neu bestimmt und (zeitweilig) fixiert und reguliert wird. Die Untersuchung dieser Frage des Verhältnisses von Kapitalismus und Demokratie – und darin eingeschlossen: die Frage nach den Tendenzen zum Umschlag demokratischer in autoritäre Herrschaftsformen im Kapitalismus – wird in der Geschichte der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften immer wieder neu – unter jeweils spezifischen Kräftekonstellationen der Klassen (national und international) – beantwortet, ohne dass dabei der strukturelle Widerspruch zwischen dem Privateigentum und der darauf basierenden Klassenspaltung und dem Anspruch auf Freiheit und Gleichheit, wie er in den »allgemeinen Erklärungen der Menschenrechte« in den frühen bürgerlichen Revolutionen formuliert worden war, aufgehoben wäre.

Anfang 2013 hat Immanuel Wallerstein – Kopf der Schule der »Weltsystemtheorie« (zu der noch A.G. Frank, Samir Amin und Giovanni Arrighi gezählt werden) und Autor einer vierbändigen Geschichte des »modernen Weltsystems« (1974-2011) – eine eher düstere Zukunftsprognose gestellt. Diese wird von der These geleitet, dass die Strukturkrise anhält und die Austeritätspolitik noch verschärft werden könnte. »Die Arbeitslosigkeit in der Welt wird zu- und nicht abnehmen. Die einfachen Leute werden die schlechte Lage sehr deutlich zu spüren bekommen. Sie haben schon erkennen lassen, dass sie bereit sind, in verschiedenen Formen zurückzuschlagen, und dieser Volkswiderstand wird zunehmen. Wir werden uns inmitten einer heftigen politischen Schlacht um die Gestaltung der Zukunft befinden. Diejenigen, die heute über Wohlstand und Privilegien verfügen, werden nicht faul daneben stehen. Auch ihnen wird es jedoch immer deutlicher werden, dass sie ihre Zukunft nicht durch das bestehende kapitalistische System sichern können. Sie werden sich bemühen, ein System einzuführen, das nicht auf der zentralen Rolle des Marktes, sondern auf der Kombination von brutaler Gewalt und Betrug beruht. Das zentrale Ziel dabei ist, dass das neue System die Kontinuität von drei wesentlichen Bestandteilen des gegenwärtigen Systems garantiert: Hierarchie, Ausbeutung und Polarisierung.«

Schließlich wird im 21. Jahrhundert das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie auch dadurch bestimmt, dass im 20. Jahrhundert – zunächst im Gefolge der russischen Oktoberrevolution – zahlreiche Staaten einen nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg einschlugen und gleichzeitig mit dem Zusammenbruch der Kolonialreiche Staaten entstanden, die ihre eigene Entwicklung weder auf der Basis entwickelter kapitalistischer Produktionsverhältnisse noch durch den Rückgriff auf entwickelte demokratische Traditionen zu bewältigen hatten. Mit dem Übergang zum 21. Jahrhundert hat sich vor allem in Ostasien eine schnell wachsende, auf den Weltmarkt orientierte kapitalistische Wirtschaft etabliert, die allerdings durch autoritäre Formen von Staatlichkeit vorangetrieben wird, die – z.B. in Taiwan, Südkorea, Singapur, vor allem aber in der Volksrepublik China – die These vom notwendigen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Demokratie zu falsifizieren scheinen. Eher scheint hier der von Marx (am Beispiel Englands nach 1500) aufgezeigte Zusammenhang von »ursprünglicher Akkumulation« und exzessiver politischer wie ökonomischer Gewalt zuzutreffen (MEW 23: 741ff.).¹⁹ In diesem Zusammenhang wäre mithin die These von Slavoj Žižek zu überprüfen, dass »dieser Virus« einer »autoritären Form des Kapitalismus dabei (ist), sich langsam aber sicher über den ganzen Globus auszubreiten«.²⁰

Wenn aber in den alten kapitalistischen Ordnungen des Westens die Wende zum »autoritären Kapitalismus« Resultat einer Kumulation von ökonomischen, sozialen und ökologischen Krisentendenzen ist, dann muss auch die Beziehung zwischen Krisen und der Entwicklung von Kritik und Widerstand in den Blick genommen werden. Je mehr in den Krisen der Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Demokratie sich auflöst, umso mehr muss der Anspruch auf die Bewahrung und Durchsetzung von demokratischer Selbstbestimmung des »Volkes« über die kapitalistische Grund- und Eigentumsordnung hinausgehen.

Literatur

- Agamben, Giorgio u.a. (2012): Demokratie? Eine Debatte, Berlin.
Deppe, Frank (2008): Politisches Denken im Kalten Krieg, Teil 2: Systemkonfrontation, Golden Age, antiimperialistische Befreiungsbewegungen, Politisches Denken im 20. Jahrhundert, Band 3, Hamburg.
Mair, Peter (2006): Ruling the Void? The Hollowing of Western Democracy, in: New Left Review, 42, November/December, S. 25-51.
Maus, Ingeborg (2011): Über Volkssouveränität. Elemente einer Demokratietheorie, Berlin.
Salomon, David (2012): Demokratie. Köln.
Wehler, Hans-Ulrich (2013): Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland, München.

¹⁸ »Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d.h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht. Die Klasse, die die Mittel zur materiellen Produktion zu ihrer Verfügung hat, disponiert damit zugleich über die Mittel zur geistigen Produktion, so dass ihr damit zugleich im Durchschnitt die Gedanken derer, denen die Mittel zur geistigen Produktion abgehen, unterworfen sind. Die herrschenden Gedanken sind Nichts als der ideelle Ausdruck der herrschenden materiellen Verhältnisse ...« (MEW 3: 46)

¹⁹ »In der wirklichen Geschichte spielen bekanntlich Eroberungen, Unterjochung, Raubmord, kurz: Gewalt die große Rolle. In der sanften politischen Ökonomie herrscht von jeher die Idylle ... In der Tat sind die Methoden der ursprünglichen Akkumulation alles andere, nur nicht idyllisch.« (MEW 23: 742)

²⁰ Žižek, Slavoj (2012): Das »unendliche Urteil« der Demokratie, in: Agamben, Giorgio u.a., Demokratie? Eine Debatte, Berlin, S. 116.